



## Änderungsantrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03582**  
Datum: 14.11.2017  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Haupt, Ute  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	08.11.2017	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	24.11.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	20.12.2017	öffentlich Entscheidung

**Betreff:** Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365  
hier: Suchtberatungsstellen

### Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.41431 – Suchtberatungsstellen wird der Ansatz von 285.500 € (Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen) auf 335.500 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.1118 – Haushalts- und Finanzmanagement.

gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion

### **Begründung:**

Der geplante Ansatz für die Suchtberatungsstellen ist nicht ausreichend für die Leistung, die in der verabschiedeten Sozialplanung (Famfög) beschlossen wurde. Die erneuten Tarifsteigerungen fürs Personal bei den Suchtberatungsstellen überfordern die zur Verfügung stehenden Finanzen. Der derzeit eingestellte Ansatz würde eine Leistungskürzung im Bereich der Suchtberatung nach sich ziehen.

Die Arbeit der Suchtberatungsstellen ist eine Aufgabe der Kommune im pflichtig übertragenen Wirkungskreis. (Gesundheitsdienstgesetz § 7 (1); § 10 (3)).

Für die Präventionsfachkraft sind ebenfalls zu wenig Mittel eingestellt. Momentan liegt die Zusage eines Trägers für die Übernahme dieser Aufgabe vor. Um zu gewährleisten, dass eine Präventionsfachkraft mit tariflichen Mindeststandards eingestellt wird, muss auch an der Stelle mehr Geld eingeplant werden.